

Festzuhalten ist, daß die SED de facto unter der Führung Honeckers zu einer vornehmlich von politisch-ideologischen Zielen bestimmten zentralstaatlichen Wirtschaftslenkung zurückkehrte.

Sie tat dies, ohne zur Bekämpfung der sich bald wieder in aller Deutlichkeit zeigenden systembedingten Mängel der zentralen Planwirtschaft und für die Ziele der von ihr proklamierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ein echtes wirtschaftspolitisches Konzept zu besitzen.

Nachdem zu Beginn der 70er Jahre „einheitlich sozialistische Produktionsverhältnisse“ hergestellt worden waren, versuchte die SED unter dem wachsenden außenwirtschaftlichen Druck der folgenden Jahre, vor allem mit forcierter Kombinatbildung mehr volkswirtschaftliche Effektivität zu erzielen. Doch mit dem so einheitlich-zentralistisch „vervollkommeneten Wirtschaftsmechanismus“ verschärfte sie die Mängel, die sie eigentlich beheben wollte, noch zusätzlich.

In den 80er Jahre verwandelte sich die Planwirtschaft der DDR zunehmend in eine zentraloperative Verwaltung des Mangels, begleitet von einer umfangreichen „Schattenwirtschaft“. Zwar gelang es der SED, ihr Wirtschaftssystem durch den gezielten Einsatz politisch bedingter Faktoren zunächst zu stabilisieren, doch engte sich letztlich durch die Verweigerung jeglicher wirtschaftlicher Reform auch ihr politischer Spielraum immer mehr ein: Sie geriet in massive finanzielle Abhängigkeit zum „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“, insbesondere zur Bundesrepublik, und manövrierte sich auch im RGW in eine wirtschaftliche Sackgasse.

Als es im November 1989 unter dem Druck der Bevölkerung schließlich zur Maueröffnung kam, war damit nicht nur das politische, sondern auch das ökonomische Ende der DDR vorgezeichnet.

Die SPD in Ostberlin (1946–1961)

1. Einleitung
2. Quellen und Forschungsstand
3. Die Entwicklung der Berliner SPD von 1946 bis 1961
4. Die Wiederzulassung der Sozialdemokratie im sowjetischen Sektor und der Beginn des Aufbaus der SPD-Organisation
5. Das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (Beispiel Weißensee)
6. Die SED und die Ostberliner Sozialdemokraten
7. Die Ostberliner SPD-Organisation im Fadenkreuz der Stasi
8. Die Politik der Ostberliner Behörden gegenüber der SPD-Organisation
9. Der Organisationsalltag der SPD in Ostberlin in den fünfziger Jahren
10. Anhang
 - a) Abkürzungsverzeichnis
 - b) Literatur
 - c) Zur Zitierweise der Dokumente

Zusammenfassung

1. *Einleitung*

Die gemeinsame Verantwortung der Siegermächte für ganz Berlin schuf in den vier Sektoren der Stadt besondere Verhältnisse. Im Ostteil von Berlin war daher manches möglich, das ansonsten unter Herrschaft der SED undenkbar gewesen wäre. Eine der vielen Besonderheiten war die Existenz einer legalen SPD-Organisation in Ostberlin. Widerwillig mußte die SED, die ansonsten auch den kleinsten Ansatz zu einer organisierten Opposition im Keime erstickt hat, in ihrer eigenen Hauptstadt eine Partei dulden, die zu ihren entschiedensten Gegnern zählte.

Die Existenz der acht Kreisorganisationen blieb historisch gesehen eine Episode, die aber interessant genug ist, im Detail erforscht zu werden. Immerhin zählten die Kreisorganisationen des Sowjetischen Sektors von Groß-Berlin bei deren Auflösung im August 1961 noch ungefähr 5.000 Mitglieder. Damit befanden sich unter der Herrschaft der SED eine funktionierende und aktive Organisation der heftig befehdeten und sogar strafrechtlich verfolgten Sozialdemokratie. Zähneknirschend duldeten die DDR-Behörden diesen Zustand.